



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Zusammenschluß der kontinentalen Mächte

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Zusammenschluß der kontinentalen Mächte



Die Besprechungen der heimischen Presse über unsere Beziehungen zu Rußland haben in den elf Monaten, die zwischen dem Besuch des Kaisers Nikolaus in Breslau und dem Gegenbesuch unsers Kaiserspaars in Petersburg verfloßen sind, eine wesentliche Wandlung zum Bessern gezeigt. Sie sind viel sachlicher geworden, betonen weniger den Klatsch und versuchen mehr, auf den politischen Kern einzugehen. Man fängt nachgerade an, einzusehen, daß sich die vorsichtig und bedachtſam geleitete auswärtige Politik des Reichs in guten Händen befindet. Selbst die am hartnäckigsten mit Kanzler- und Ministerstürzen beschäftigten Blätter müssen zugeben, daß sie für ihre Voraussetzungen „kritischer Tage“ vorläufig keine Flutfaktoren anzuführen vermögen, und gönnen kleinlaut dem Fürsten Hohenlohe die Sicherung seiner Stelle über den Herbst hinaus. Die Guten! Nun, wir können ihnen zum Trost verraten, daß der nun achtundsiebzig Jahre alte Reichskanzler nicht ewig bleiben wird; einmal werden sie Recht behalten, freilich nicht in diesem und wahrscheinlich auch nicht in einem der folgenden Herbst. Das wird lediglich von dem Befinden und der Arbeitskraft des gegenwärtigen Reichskanzlers abhängen und nicht etwa von hohen Launen und Wandlungen, wie dies nach der Weise der Leckert- und Lützowpresse noch vielfach angedeutet wird.

Die Stetigkeit, mit der die äußere Politik Deutschlands geleitet wird, beginnt auch denen erkennbar zu werden, die seither von dem Standpunkt ausgingen, daß, da Fürst Bismarck selbstverständlich ein größerer Staatsmann ist als Fürst Hohenlohe, sie auch klüger sein müßten als dieser. Neuerdings sind sie zu der Anerkennung genötigt worden, daß die Rolle, die unsere Diplomatie im Orient spielt, genau die Linie einhält, auf die auch der Altreichskanzler stets nachdrücklich hingewiesen hat. Das Ansehen des Reichs

ist in vollem Maße und in allen wichtigen Fragen ausschlaggebend in die Waagschale gefallen, ohne daß Deutschland mehr in den Vordergrund getreten wäre, als es sein unmittelbares Interesse im Orient erfordert. Diese Erkenntnis hat freilich vielfach große Überwindung gekostet; namentlich bei Beginn der griechischen Wirren waren die tadelnden und besserwissenden Stimmen ungemein zahlreich, und viele hatten dabei keine Ahnung, wie sehr sie eigentlich jenen Bürgern von Schilda glichen, die von der Enge und Tiefe ihres Straßenhorizonts aus den Türmer auf der Warte belehren wollten, wo es brenne.

Wie gesagt, es hat sich seit vorigem Jahre eine merkliche Wendung zum Bessern vollzogen. Dazwischen liegen allerdings zwei Sensationsprozesse, die aller Welt offenkundig gemacht haben, daß gewisse Neuigkeiten, auf die die Zeitungen damals vorwiegend Wert legen zu müssen glaubten, in der Hauptsache doch bloß auf dreisten Erfindungen einiger politischer Stegreifritter und Intriganten niedrigen Schlages beruhten, und daß, wenn es auch nicht eingestanden wird, schließlich fast alle Blätter davon genascht hatten. Wenn daraufhin das Bestreben wieder mehr hervortritt, weniger den Klatsch nach oben zu pflegen und sich lieber der ernststen politischen Erörterung zu widmen, so wird daraus nur Vorteil erwachsen. Der Schaden freilich, den das Vaterland und die nationalen Parteien durch jenen Fehler haben werden, wird erst bei den nächsten Reichstagswahlen in der Rechnung erscheinen. Die Wähler, die man in ihrer Anhänglichkeit nach oben erschüttert hat, werden die demokratischen Reihen verstärken, und es liegt bis jetzt keine Wahrscheinlichkeit vor, daß irgend ein glückliches Ungesähr den nationalen Geist bis dahin wieder kräftigen werde. Die Lässigkeit, mit der die brennende Flottenfrage angefaßt wird, läßt wenig für eine Neubelebung der sogenannten nationalen Parteien hoffen.

Doch auch das wenige Gute soll hier Anerkennung finden, und dieses besteht eben darin, daß unsre auswärtige Politik, namentlich in dem Verhältnis zu Rußland und in der Orientfrage, mehr und mehr Zustimmung findet. Freilich von der hergebrachten Schablone weiß man sich immer noch nicht ganz frei zu machen, von der bisher doch niemals dagewesenen Thatsache, daß alle sechs europäischen Großmächte in einer so brennenden Frage monatelang immer wieder zu gemeinsamem Vorgehen vereinigt worden sind, nimmt man kaum Notiz, geschweige denn daß man Überlegungen wegen der Ursache und über die sich mit Notwendigkeit daraus ergebenden Folgen angestellt hätte.

Vorwiegend wird der Anschauung Raum gegeben, als ob sich während der Kaiserbegegnung in Petersburg gewissermaßen etwas Neues ereignet, eine neue politische Zukunft aufgethan hätte. Ein solcher Irrtum kann aber doch bloß Leuten unterlaufen, die sich seit Jahren in die Verlästerung des „neuen Kurzes“ hineingeredet hatten und darum nicht zu erkennen vermochten, was

sich vor aller Augen sichtbar vollzog. Die ausländische Presse hat sich hierin der unsern überlegen gezeigt. Es besteht wohl ein Unterschied zwischen dem Ton der Kaisertaste vom Jahre in Breslau und diesmal in Petersburg, aber so „außerordentlich groß“ war er nicht, daß man erst jetzt daraus eine Bestätigung der neuen politischen Wendung, die vielleicht nicht einmal neu ist, herleiten und erkennen könnte. Schon das Auftreten der deutschen Diplomatie neben Rußland und Frankreich Japan gegenüber hatte einen deutlichen Fingerzeig gegeben, eine offizielle Bestätigung ergaben aber gerade die Breslauer Kaisertaste, nur wurde sie hartnäckig übersehen. Kein einziges deutsches Blatt hat damals den Worten des Kaisers in Görlitz am 8. September die gebührende Beachtung geschenkt. In seiner Ansprache an das Offizierkorps des fünften Armeekorps jagte er aber ausdrücklich über die Begegnung mit dem Kaiser Nikolaus: „In völliger Übereinstimmung mit Mir geht sein Streben dahin, die gesamten Völker des europäischen Weltteils zusammenzuführen, um sie auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu sammeln zum Schutze unsrer heiligsten Güter.“ Die politische Wendung stand also schon fest.

Wie man solche, ein deutliches Programm aussprechenden Worte übersehen konnte, das läßt sich nur aus dem damaligen Zustand unsers Pressewesens erklären. Bei der ausschließlichen Beflissenheit, das Gras vor den Thüren der Minister wachsen zu hören, alles als wankend und schwankend hinzustellen, erschien ein Hörfehler des Berichterstatters des offiziellen Telegraphenbureaus viel interessanter als die kaiserliche Ansprache, und so entging der gesamten deutschen Presse der Augenblick der ersten authentischen Kundgebung über die neugeschaffne politische Lage. Eine Entschuldigung dafür giebt es nicht, denn in Breslau hatten die leitenden Minister Deutschlands und Rußlands ebenso mit einander persönlich Fühlung genommen wie diesmal in Petersburg, und wenn gegenwärtig Anlaß genommen worden ist, daraus bestimmte politische Schlüsse zu ziehen, so lagen die Bedingungen dafür damals doch ganz genau so. Aber man übersah die inhaltreichen Sätze der kaiserlichen Rede, obwohl sie „vor versammeltem Kriegsvolk“ und unzweifelhaft nicht ohne Wissen und Zustimmung des Fürsten Hohenlohe gesprochen worden waren. Man hätte daraus einen sichern Rückhalt gegenüber dem erwartungsvollen Ereignis des russischen Kaiserbesuchs in Paris gewinnen können; so aber entwickelte sich das keineswegs erhebende Schauspiel, daß eigentlich die gesamte deutsche Presse nach einer gewissen gehobnen Stimmung zu Ende der Breslauer Kaisertage unter den Eindrücken des Freudentaumels in Paris immer kleinlauter wurde bis zu dem Abschiedskusse, den Kaiser Nikolaus dem Präsidenten Faure gab. In gewissen „nationalen“ Kreisen, die bisher bemüht gewesen waren, den sogenannten „neuen Kurs“ als gänzlich verfehlt hinzustellen, trat sogar eine unverkennbare Befriedigung über die anscheinend mißliche Wendung zu Tage.

Dahinein fiel dann noch die Indiskretion der Hamburger Nachrichten mit ihren Enthüllungen über den geheimen Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Rußland bis 1890, die sofort wieder den erbittertsten Kampf der Parteien für oder wider Bismarck entfesselte. Man verbiß sich in die heftigsten Streitereien über eine politische Lage, die seit länger als sechs Jahren nicht mehr bestand, es wurde gänzlich unbeachtet gelassen, daß ein Zusammenschluß der „gesamten Völker des europäischen Weltteils“ den besondern Neutralitätsvertrag mit Rußland gegenstandslos machte, und der Umstand, daß der Beginn der Wendung in die Zeit der Reichskanzlerschaft des Grafen Caprivi fiel, genügte auf Monate, um die Preßkämpfer der erhitzten Parteien vollauf zu beschäftigen. Man sah nicht oder wollte nicht sehen, daß die neue Gruppierung der Mächte schon so weit gediehen war, daß auch eine vorläufige offizielle Kundgebung darüber angängig erscheinen konnte. Befürchtungen wegen der Folgen des begeisterten Zarenempfangs in Frankreich waren unter diesen Umständen gar nicht nötig, und die Indiskretion des Hamburger Blattes erwies sich als doppelt überflüssig.

Hier nochmals auf die damaligen Erörterungen in den Zeitungen einzugehen, hieße leeres Stroh dreschen, es sollen darum nur zwei wesentliche Punkte besprochen werden, von denen namentlich der zweite nirgends Erwähnung gefunden hat. Es wurde mehrfach betont, daß der Altreichskanzler nicht beabsichtigt haben könne, der diplomatischen Stellung Deutschlands einen Nachteil zuzufügen. Davon konnte schon darum nicht die Rede sein, weil Fürst Bismarck mit jener Indiskretion-unmittelbar nichts zu thun hatte und nichts zu thun haben konnte. Er hat niemals den Versuch gemacht, von Friedrichsruh aus gewissermaßen eine „Nebenregierung“ zu führen. Dergleichen war durch seine Vergangenheit gänzlich ausgeschlossen, obgleich sich viele Leute jahrelang bemüht haben, verschiedene Vorgänge in diesem Sinne zurecht zu legen und einzelne Aussprüche von ihm, deren Wortlaut übrigens kaum genau verbürgt ist, in dieser Richtung zu deuten. Für Kundige hätten die Hamburger Nachrichten nicht erst in neuerer Zeit mehrfach zu versichern brauchen, daß Fürst Bismarck überhaupt niemals Artikel für sie verfaßt habe, das wußten unterrichtete Leute längst. Es gehörte aber zu dem Preßgetriebe der letzten Jahre, im deutschen Volke die Meinung zu erhalten, als befände sich der Altreichskanzler im offenen Gegensatz zur gegenwärtigen Reichspolitik und spräche in diesem Sinne durch den oder jenen Mund zur Öffentlichkeit. Das hat er tatsächlich niemals gethan, und alle dahin ausgelegten Aussprüche von ihm lassen entweder auch eine andre Auffassung zu oder sind erst in diesem Sinne verstanden und weiter gegeben worden, weil man sie so verstehen wollte.

Die maßgebenden Kreise in Berlin waren hierüber durchaus unterrichtet und kümmerten sich wenig um dieses Treiben der Blätter. Man würde sich aber einer Täuschung hingeben über den Ernst und die Macht dieser Kreise, wenn

man annehmen wollte, sie hätten sich etwa eine solche Art von Nebenregierung gefallen lassen, und eine Vermutung darüber, wie sich Fürst Bismarck selbst einer ähnlichen Haltung seines Vorgängers gegenüber benommen haben würde, braucht gar nicht angedeutet zu werden. Solche Zustände sind schlecht hin undenkbar und wären auch unhaltbar gewesen, aber sie sind nicht vorgekommen, nur Leichtgläubige konnten so etwas für möglich halten. Nach den Lüzow- und Leckertprozessen haben auch diese Dinge nachgerade ihr Ende erreicht, das Publikum ist gegen dergleichen zu mißtrauisch geworden. Allerdings hat bei dem Bekanntwerden des russischen Neutralitätsvertrags der Reichsanzeiger zweimal eingegriffen und die Thatsache selbst als „Bruch eines Staatsgeheimnisses“ erklärt, im übrigen aber sich jeder Beziehung auf die Person des Fürsten Bismarck enthalten. Das war auch vollkommen in der wirklichen Sachlage begründet.

Als auffälliger Umstand muß nun erscheinen, daß in den so erregten Auseinandersetzungen über die Hamburger Enthüllung niemals die Frage aufgeworfen worden ist, unter welchen Verhältnissen eigentlich der Neutralitätsvertrag zustande gekommen war, und welchen Zwecken er dienen sollte. Daß er zur Vermehrung der Sicherheit Deutschlands beitrug, ist wohl unverkennbar; doch unbedingt nötig war er nicht, wenn es mit dem Dreibund überall voller Ernst war. Und umgekehrt hing ihm als Geheimvertrag der Makel einer gewissen Rückhaltigkeit gegen Österreich und Italien an. Das ist auch nach dem Bekanntwerden durch das Hamburger Blatt von verschiedenen Seiten, namentlich von Feinden Bismarcks und Gegnern Deutschlands, scharf betont worden. Auch nachdem bekannt geworden war, daß Österreich und Italien von dem geheimen Vertrage vertraulich in Kenntnis gesetzt worden waren, wurde sein Wesen nicht klarer. Alles lief schließlich auf Streitigkeiten um die Person des Reichskanzlers hinaus, die ergebnislos bleiben mußten, weil seine staatsmännische Größe unangreifbar feststeht, die aber, als von Liebe oder Haß diktiert, der politischen Seite der Frage nicht gerecht wurden.

Der Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Rußland hat offenbar gar nicht die Bedeutung gehabt, die ihm beigelegt worden ist. Er entsprach einfach der politischen Sachlage, wie sie durch die eigentümliche Persönlichkeit des Zaren Alexanders III. gegeben war. Das Verhältnis unsrer Nachbarn im Osten und Westen zu Deutschland wird meist nur einseitig betrachtet, und man vergißt, ein notwendiges völkerpsychologisches Glied mit in die Rechnung zu stellen, das nicht übersehen werden sollte, aber offiziell niemals betont werden kann. Die vorliegende Betrachtung braucht diese Rücksicht nicht zu nehmen und darf offen darüber sprechen. Die unerwarteten und selbst die Großthaten des Feldherrngenies Napoleon in den Schatten stellenden militärischen Erfolge der Feldzüge von 1866 und 1870/71, die nach vollständiger Besiegung des Gegners keine kriegerische Einmischung dritter zuließen, hatten

gewaltige Eindrücke hinterlassen, unter denen die Furcht nicht der kleinste war. Dabei ist aber Furcht nicht mit Feigheit zu verwechseln. Die Frage: Wer kommt nun oder wieder daran? hat jahrzehntelang den Feinden Deutschlands als Anlaß gedient, die äußere Politik Bismarcks zu verdächtigen, und es hat fünfundzwanzig Jahre der feierlichsten Versicherungen und einer in diesem Sinne geleiteten Staatskunst bedurft, um jenen Eindruck, der in dem friedlichen Deutschland meist nicht in die politische Erwägung gezogen wird, abzuschwächen und die Welt davon zu überzeugen, daß das neu erstandne Reich wirklich nur der Hort des Friedens zu sein, d. h. keine neuen Eroberungen zu machen beabsichtige. Die Berücksichtigung dieses Umstands läßt manche politische Erscheinung der letzten Jahrzehnte verständlicher erscheinen. Man beeilte sich ringsum, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, und romanische wie slawische Federn waren eifrig bemüht, ihre Volksgenossen zum Kampf gegen das mit so überwältigender kriegerischer Macht neu in die Weltgeschichte eingetretne deutsche Reich und das Deutschtum im allgemeinen aufzubieten. Ein großer Teil dieser Bestrebungen, wenn nicht ihre Gesamtheit, ist auf die Furcht zurückzuführen.

Am deutlichsten trat das in dem Verhalten der Franzosen hervor. Neben der notwendig gewordenen Neubildung der Armee auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte die Verbauung der Ostgrenze durch eine dreifache Reihe von Befestigungen. Damit sollte ein erneuter „Einfall der Barbaren,“ wie der Krieg von 1870/71 unter beabsichtigter Entstellung der geschichtlichen Thatsachen nun einmal bezeichnet wurde, verhindert werden. Auf einen „frischen, fröhlichen Krieg“ mit dem Gefühl des sichern Erfolgs im Herzen deutete das ebenso wenig wie das lärmende und aufreizende Geschrei der Revanchepolitiker in der Presse. Schon im bürgerlichen Leben sieht nur, wer sich seiner Sache sicher fühlt, einer persönlichen Gefahr ruhig und lautlos entgegen, wer sich dagegen der geringsten Furcht vor der Überlegenheit des Gegners bewußt ist, sucht sie hinter Pfeifen und Singen, selbst prahlerischen Herausforderungen zu verdecken. Kommen nicht einzelne Personen, sondern Volksmengen oder gar ganze Völker ins Spiel, so nehmen die Versuche, sich unter einander Mut zuzusprechen, oft die übertriebensten Formen an und rufen mitunter selbst dadurch die Feindseligkeiten hervor, die man eigentlich vermeiden wollte. Man wird gut thun, das ganze französische Revanchegeschrei mit diesem Maßstabe zu messen; dann leuchtet sofort ein, warum in den leitenden Kreisen Deutschlands nie besonders Gewicht darauf gelegt wurde, sondern man sich ab und zu auf einen der bekannten „kalten Wasserstrahlen“ in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung beschränkte, worauf das bis zur Grenze des Unerträglichen gediehene Treiben stets auf eine noch zulässige Höhe zurückging. Nur einmal barg das Gebahren eine kriegerische Gefahr in sich, als nämlich im Jahre 1887 die französische Armee die deutsche an Zahl

überwog und in Boulanger ein Mann vorhanden war, der wenigstens zeitweilig entschlossen schien, diese Überlegenheit auszunützen, um an die Spitze Frankreichs zu gelangen. Daß diese Beurteilung des französischen Revanchekultus richtig ist, wird durch die Thatsache bewiesen, daß nach der Entstehung des sogenannten Zweibundes, des mehr oder weniger „geschriebnen“ Bündnisses mit Rußland, das Revanchetreiben seine ehemalige Wirkung eingebüßt hat. Man hört zwar noch die frühern Redensarten, aber sie verhallen. Es kam den Franzosen offenbar mehr auf die Sicherung vor einem neuen „deutschen Überfall,“ als auf die Wiedererwerbung der Reichslande an. Sene hoffen sie durch das Bündnis mit Rußland erreicht zu haben, sie werden ruhig und glauben nun auch an Deutschlands ernste Friedenspolitik. Erst in zweiter Linie steht die durch die Niederlage von 1870/71 schwer gekränkte nationale Eitelkeit.

Der Eindruck der deutschen Siege rief in Rußland ähnliche, wenn auch selbstverständlich nicht dieselben Wirkungen wie in Frankreich hervor: man empfand den deutschen Machtaufschwung mit Unbehagen. Bei der engen Freundschaft der beiden Kaiser erschien zwar jede kriegerische Gefahr zunächst ausgeschlossen, aber die panslawistische Bewegung zog aus der neuen Stimmung Nahrung und äußerte sich namentlich in der Schürung des Deutschenhasses, vielfach auch in militärischen Kreisen. Das offizielle Rußland beteiligte sich nicht dabei, nur die Eitelkeit des alternden Fürsten Gortschakoff vermochte nicht zu ertragen, daß Bismarck in die Stelle des ersten europäischen Staatsmannes vorgerückt war. Das führte zu der bekannten Friedenskomödie des Jahres 1875, in der sich Rußland zum erstenmale als Beschützer Frankreichs einführte, und zu dem Feldzuge gegen die Türkei im Jahre 1877, der durch Befriedigung alter russischer Traditionen und einen großen militärischen Erfolg das Zarenreich wieder zur ersten europäischen Macht erheben sollte. Aber der militärische und damit auch der diplomatische große Erfolg blieb aus, die deutsche Macht blieb in ihrem Ansehen unerschüttert als erste bestehen. Von diesem Zeitpunkt an schlug die russische Politik gegenüber Deutschland um und nahm ganz den Charakter der französischen an. Das Dreikaiserbündnis zerfiel, auch Alexander II. ließ sich in das Mißtrauen gegen Deutschland hineinziehen und rief dadurch 1879 den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses hervor. Die neuorganisirte russische Armee erhielt die Mehrzahl ihrer Garnisonen an der westlichen Grenze. Die öffentliche Meinung in Deutschland faßte das als eine Bedrohung auf, und die Stimmen blieben vereinzelt, die darin nur ein Seitenstück zu den Grenzbesetzungen Frankreichs erkannten.

Mit dem Regierungsantritt Alexanders III. erhielt dieser politische Zustand noch eine Verschärfung, namentlich durch die mißtrauische, manchen Einflüsterungen zugängliche und wenig zu großen Entschlüssen neigende Charakter-

anlage des neuen Zaren. Die Vermehrung der Garnisonen an der westlichen Grenze wurde fortgesetzt, deutschfeindliche und franzosenfreundliche Strömungen traten offener ans Licht. Die psychologische Verwandtschaft dieser Regungen mit dem oben geschilderten eigentlichen Wesen des französischen Chauvinismus ist heute leichter zu erkennen als damals, und die unerschütterliche Ruhe und Objektivität der deutschen Politik, die die anscheinend bedrohlichen Anzeichen nicht höher anschlug, als sie verdienten, bildet eine der verehrungswürdigsten Perioden der weit und scharf blickenden Bismarckschen Staatskunst. Der Zar hatte bei aller wirklich vorhandnen oder auch ihm bloß angedichteten Abneigung gegen Deutschland zu Bismarck großes Vertrauen, wie er überhaupt für Geradheit und Offenheit sehr empfänglich war. In dem schwer auf ihm lastenden Gefühl, für die Sicherheit seines Reichs verantwortlich zu sein, nach den Erfahrungen des Winterfeldzuges von 1877/78 vollkommen von der Überlegenheit der deutschen Heeresorganisation über die russische überzeugt, ebenso wie von dem Unvermögen, durch eigne schöpferische Kraft diesen Nachteil zu beseitigen, dazu fortwährend bestürzt von Einflüssen — auch aus der eignen Familie —, die seine Deutschland abgeneigte Stimmung zu kriegerischer Feindschaft anzustacheln suchten, war ihm die Versicherung Bismarcks, daß Deutschland nichts gegen Rußland im Schilde führe, eine Beruhigung. Aber er wollte es schriftlich haben, eine vertragmäßige Sicherstellung gegenüber dem Vertrage zwischen Deutschland und Österreich, an den sich schon Italien angeschlossen hatte, während Frankreich, das aus einem Ministersturz in den andern taumelte, nur zweifelhafte Gewähr für ein Bündnis bot. Unter diesen Verhältnissen entstand der deutsch-russische Neutralitätsvertrag.

Wenn man ihn unter Berücksichtigung dieses rein persönlichen Verhältnisses beurteilt, wird vieles erklärlich, was mitunter dunkel erschien. Man erkennt sofort, daß der Vertrag gegenüber Österreich und Italien nicht hinterhältig war, und daß die vertrauliche Mitteilung in Wien und Rom nicht die geringsten Bedenken hervorrufen konnte; auf der andern Seite liegt aber auf der Hand, daß mit Rücksicht auf die Person des Zaren die peinlichste Verschwiegenheit geboten war. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß auch nach Abschluß dieses Neutralitätsvertrags viele Leute thätig waren, um den Kaiser Alexander III. trotzdem mit Mißtrauen gegen Deutschland zu erfüllen, und daß das im Herbst 1887, gerade zur Blütezeit des Boulangismus, durch Anwendung gefälschter Dokumente so weit gelungen war, daß der Zar nur mit Widerwillen zur Heimkehr von Kopenhagen über Berlin bewogen werden konnte, wo ihn Fürst Bismarck persönlich über den Betrug aufklärte. Der Osterreichskanzler hat in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 über das damalige Verhältnis zu Rußland Aufschlüsse gegeben, die heute vollkommen verständlich sind. Er unterschied darin ganz genau zwischen dem Zaren und den deutschfeindlichen russischen Kreisen, denen er derbe Wahrheiten sagte, und

auf die auch das bekannte Wort gemünzt war: „Wir laufen niemand nach.“ Gegner Bismarcks haben neuerdings diese Wendung dahin auszulegen gesucht, als wäre sie gegen das offizielle Rußland gerichtet gewesen, und wollen daraus beweisen, daß schon zu seinen Zeiten ein höchst gespanntes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland bestanden habe. Das ist aber ein Irrtum. Bismarck deutete auch damals auf den Geheimvertrag hin, indem er nach den vorhin erwähnten Worten fortfuhr: „Das hält uns aber nicht ab — im Gegenteil, es ist uns ein Sporn mehr, die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.“ Dieser Satz war offenbar an den Zaren und das offizielle Rußland gerichtet, um aber die Aufmerksamkeit von einer so auffälligen Stelle abzulenken, knüpfte der Altreichskanzler sofort eine Erörterung über die vertragsmäßigen Rechte Rußlands in Bulgarien an, die aus den Beschlüssen der Berliner Konferenz abzuleiten sind. Es ist heute sehr interessant, die Stelle der Bismarckschen Rede wieder nachzulesen; sie ist damals in Deutschland und in Rußland, wie überall, wo man von dem Geheimvertrag nichts wußte, schief aufgefaßt worden. Der Neutralitätsvertrag, der dem Zaren Beruhigung gewährte, war allerdings ein fester Draht, der uns mit Rußland verband.

Daß er zerschnitten wurde, darüber haben die am lautesten gegetert, die sich nie über die eigentümliche Natur dieses Neutralitätsvertrags einen Gedanken gemacht haben. Warum er zerschnitten worden ist, darüber ist nichts Zuverlässiges bekannt, es sind bloß Vermutungen möglich. Thatsache ist, daß trotz des Neutralitätsvertrags immer engere Beziehungen zwischen russischen und französischen Kreisen angeknüpft wurden, und daß z. B. niemals mehr russische Großfürsten und Würdenträger in Paris verkehrten, als in den letzten Regierungsjahren Alexanders III. Ob der Neutralitätsvertrag nicht verlängert worden ist, weil er nur einem das französische Bündnis suchenden Rußland Vorteil gewährte und Deutschland gewissermaßen die Hände band, oder weil die auf den Zusammenschluß der europäischen Mächte gerichtete Politik des Dreibunds unter Deutschlands Führung einen solchen Vertrag überflüssig machte, bedarf hier, bei dem Mangel aller Grundlagen, keiner Erörterung. Die Thatsache liegt unzweifelhaft vor, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland gegenwärtig besser ist als in den sechs Jahren, wo der Vertrag bestand. Die Klagen über eine schlecht geleitete äußere Politik des „neuen Kurses“ gegenüber Rußland sind daher auch neuerdings im Sande verlaufen.

Ein viel geteilter Irrtum verdient noch kurz Erwähnung. Es ist oft behauptet worden, und zwar stets mit deutlicher Anspielung auf den Grafen Caprivi und den „jugendlichen“ Kaiser, daß die Versuche, England an den Dreibund heranzuziehen, Rußland erst in die Arme Frankreichs getrieben hätten. Diese Anschauung konnte wohl bloß auf dem Boden der veralteten,

aus der vormärzlichen Zeit stammenden liberalen und konservativen Parteienansichten über England und Rußland gedeihen. Die Liberalen waren von jeher immer englisch, die Konservativen russisch gesinnt, und selbst Bismarck hat erfahren müssen, wie sehr darunter das deutsche Interesse litt. So sind auch die Reisen des Kaisers nach England unter falscher Voraussetzung betrachtet worden. Man hat ganz vergessen, daß die Königin Viktoria, so oft sie auch durch Deutschland fuhr, während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. niemals in Berlin gewesen ist und erst am Totenbett ihres kaiserlichen Schwiegersohnes dort erschien. Ein intimer Verkehr zwischen den Höfen von Berlin und London war unter diesen Umständen nicht möglich, und auch der Kronprinz Friedrich Wilhelm hatte nur bei besonders feierlichen Anlässen in der englischen Hauptstadt gewohnt. Nachdem durch den Besuch der Königin von England in Berlin die trennende Schranke gefallen war, nahm Kaiser Wilhelm II., als Erbe der Friedensmission seines Großvaters, die Gelegenheit wahr, durch persönliche Besuche, auch in England, die auf ihn gekommene Aufgabe zu erfüllen. Es ist möglich, daß sein Bestreben, die in Deutschland stark in Verfall geratene Flottenidee etwas zu beleben, zu einer besondern Betonung der englischen Reisen Anlaß gegeben haben mag, aber von einem Anschluß Englands an den Dreibund ist nie die Rede gewesen außer in der liberalen Presse, namentlich in Deutschland, die dieses politische Ereignis mit lauter Stimme verkündigte. Der tiefe Haß, mit dem die englische Presse unsern Kaiser persönlich angreift, beweist seit mehreren Jahren, wie sehr man sich jenseits der Nordsee in den auch dort angefachten Hoffnungen getäuscht sieht. Wenn sich aber das in Rußland damals ewig rege Mißtrauen gegen Deutschland durch die Besuche unsers Kaisers in England wirklich zum mittelbaren Anschluß an Frankreich getrieben gefühlt hat, so sind weniger die Besuche an sich, als der Lärm der liberalen Presse daran schuld.

Doch das sind jetzt überwundene Zustände, die kaum noch ernster politischer Erwähnung wert sind; nur kleine Parteigeister, denen die großen Dinge entgehen, beschäftigen sich noch mit diesen abgethanen Geschichten. Die zahlreichen Besuche des Kaisers an allen europäischen Höfen sind überhaupt nur von dem schon angeführten Gesichtspunkte aus aufzufassen. Er will als deutscher Kaiser der Führer einer Friedenspolitik sein, und er fühlte sich zur persönlichen Anknüpfung friedlicher Beziehungen umso mehr veranlaßt, als ihm die Feinde Deutschlands kriegerische Absichten untershoben. Auch die zahlreichen Beweise ritterlicher Artigkeit gegenüber Frankreich gingen aus dem gleichen Bestreben hervor, und sie sind, obgleich anfangs in Deutschland vielfach mit überweisem Kopfschütteln aufgenommen, nicht ohne Wirkung geblieben. Guillaume, wie ihn die Franzosen nennen, ist jenseits der Vogesen keineswegs verhaßt, denn in Frankreich ist die Empfindung für internationale Höflichkeit feiner und entwickelter als bei uns. Auf dem Gebiete der Politik

fällt der Baum freilich nicht auf den ersten Hieb, wie anderswo auch, aber wenn wir die Gegenwart mit der Zeit vor zehn Jahren vergleichen, so muß doch jeder Unbefangene zugestehen, daß schon vieles erreicht worden ist, hauptsächlich in dem Verhältnis zu Rußland und schon durch Rußland.

Es soll dabei nicht vergessen werden, daß manche Ereignisse dabei unterstützend mitgewirkt haben. Dazu gehört in erster Linie die Vermehrung der deutschen Armee bis zu einer durch die politische Notwendigkeit gebotenen Höhe, „auf die wir im Jahre 1867 bis 1882 allmählich verzichtet haben,“ wie Fürst Bismarck am 6. Februar 1888 sehr treffend bemerkte. Damit wurde die Bahn frei gemacht für ein kräftigeres Auftreten der deutschen Diplomatie auch zum Friedenszweck; denn diese kann nur „mit vollem Gewicht“ eingreifen, wenn hinter ihr „ein schlagfertiges und nahe bereites Heer steht,“ wie der Altreichskanzler an demselben Tage sagte. Dazu gehört ferner der unerwartet eingetretene Thronwechsel in Rußland. Als am 16. März 1888 die sterblichen Überreste Kaiser Wilhelms I. zum Mausoleum in Charlottenburg geleitet wurden, ging zunächst hinter dem Sarge Prinz Wilhelm, der jetzige Kaiser, ihm folgten neben einander die Könige von Sachsen, Belgien und Rumänien, der nächste in der Reihe war der russische Kronprinz, jetzt Kaiser Nikolaus II. Alle maßgebenden Personen in dem Trauerzuge waren darüber unterrichtet, daß die Tage des hohen Dulders, des Kaisers Friedrich III., gezählt waren, und die Augen wandten sich oft nach dem ernst blickenden Prinzen an der Spitze des Trauergefolges, dem binnen kurzem beschieden sein würde, die Regierung des deutschen Reichs zu leiten. Es liegt die Annahme nahe, daß dem jungen Zaren jener denkwürdige Tag wiederholt in die Erinnerung zurückgerufen worden ist, nachdem ihm ebenfalls höchst unerwartet und frühzeitig die Pflicht der Beherrschung seines ausgedehnten Reiches auferlegt worden war. Gleiche Schicksale bringen die Menschen einander näher, die engen verwandtschaftlichen Beziehungen, sowie das hohe Ansehen, das unser Kaiser — im Auslande, wo man nicht durch unsre Parteid Brillen sieht — als Regent überall genießt, mögen noch dazu beigetragen haben, die Annäherung der beiden Monarchen zu befördern. Das dritte, und zwar entscheidend beeinflussende Ereignis war der chinesisch-japanische Krieg, der Rußland mit überzeugender Deutlichkeit darüber belehrte, wieviel es durch sein Hinstarren nach dem Westen in Ostasien versäumt hatte.

Unter diesen Umständen war für Rußland der durch den Dreibund angestrebte Zusammenschluß der europäischen Mächte die günstigste politische Lage, die es geben konnte, neben der die Reize des Zweibundes gar nicht in Betracht kamen. Das russische Reich bedarf für seine Kulturaufgabe in Mittel- und Ostasien ebenso des europäischen Friedens wie der Dreibund, die Frage der Dardanellen ist in ihr vollständiges Gegenteil verkehrt, denn heutzutage ist die morsche Türkei als Wächter dieses Eingangs in das Schwarze Meer

gegen die englische Flotte der russischen Politik gerade recht. Rußland gehört schon zum europäischen Friedensbündnis, und es handelt sich gegenwärtig nur noch darum, zunächst Frankreich durch den Zweibund fest dafür zu gewinnen und dabei zu erhalten. Der Weg zum Zusammenschluß der „gesamten Völker des europäischen Weltteils“ führt über den Zweibund, der schwierigste Teil scheint schon zurückgelegt zu sein, und aller Wahrscheinlichkeit nach bedeutet die in Petersburg ausgesprochne, wenn auch mit dem tiefsten Geheimnis behandelte „Allianz“ zwischen Rußland und Frankreich schon das erreichte Ziel.

Eine kurzer Überblick über die Ereignisse von diesem Gesichtspunkt aus erscheint zunächst geboten. Auf die unbeachtet gebliebne Kundgebung unsers Kaisers in Görz über die neugeschaffne politische Gruppierung folgte der begeisterte Empfang des Kaisers Nikolaus in Frankreich. Die dadurch hervorgerufne kleinlaute Stimmung in den deutschen Blättern ist schon erwähnt worden. Da kam die Indiskretion der Hamburger Nachrichten, die eine ungeheure Verwirrung anstiftete, aber jedenfalls den einen Zweck, den man auch vermutet hat, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beruhigen, nicht erfüllte. Im Gegenteil, die politische Zerknirschung nahm überhand, man braucht nur die letzten Neujahrsbetrachtungen der deutschen Zeitungen durchzusehen, um sich zu vergewissern, wie tief damals unsre Tagespolitiker von der höchst mangelhaften Leitung unsrer auswärtigen Politik, von dem Überwiegen des Zweibunds über den Dreibund und von der voraussichtlichen Auflösung des Dreibundes überzeugt waren.

Eine höchst unerwünschte Wirkung hatte aber die Hamburger Enthüllung: sie machte die Franzosen kopfscheu. Sie hatten sich wohl schon längst, und in der Mehrzahl auch gern, darüber getröstet, daß ihnen Rußland nicht seine Bataillone leihen würde, um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Ihr eigentlicher Wunsch war das auch nicht, trotz der großen Worte und leeren Demonstrationen einzelner Schreier, sie wollten Sicherheit haben vor einem neuen „Einfall der preussischen Barbaren“ in ihr schönes Frankreich, und diese Sicherheit sollte ihnen das Bündnis mit Rußland bringen. Darum begeisterte sich die französische Republik für Rußland und den Zaren. Wer gab ihnen nun die Sicherheit, daß nicht, obgleich Kaiser Nikolaus den Präsidenten Faure geküßt hatte, doch wieder ein geheimer Vertrag bestand wie damals, als die russischen Großfürsten als gefeierte Gäste in der französischen Hauptstadt weilten? Bei den intimen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin, die in Frankreich klarer erkannt wurden als in Deutschland, war das nicht einmal verwunderlich. Die Folge davon war, daß sich Frankreich merklich England näherte und das europäische Konzert der Auflösung nahe schien. In den ersten Monaten des neuen Jahres kam in der Presse selbst eine unverhohlene Mißstimmung zwischen den russischen und den französischen amtlichen Kreisen zum Ausdruck.

Man hat unter diesen Umständen kein Recht, darüber erstaunt zu thun, daß in dieser Zeit gewisse Glückwünsche aus Berlin in Friedrichsrub ausblieben, denn wenn man auch überzeugt und unterrichtet war, daß von Absichtlichkeit keine Rede sein konnte, so ist doch das Verlangen nicht unberechtigt, daß Vorsorge getroffen werde, daß nicht politische Brosamen, die gelegentlich vom Tische des Weisen im Sachsenwalde fallen, durch Unberufne und Untergeordnete in die Presse gelangen, wo sie, wenn auch zu nicht gewollter Störung weit angelegter politischer Pläne verwendet werden. Die Brosamen sind seit jener Zeit ausgeblieben, und das Hamburger Blatt hat sich darauf ebenso geseheit erwiesen wie die übrige deutsche Presse. Aber inzwischen haben wieder Besuche in Friedrichsrub stattgefunden, unter denen die des Reichskanzlers und des geschäftsleitenden Staatssekretärs von Bülow besonders bemerkt und mit Freude begrüßt worden sind. Gewisse Blätter haben diese Besuche dahin ausgelegt, als hätten sich die genannten Herren dort Rats erholt. Es sei dazu nur bemerkt, daß der Altreichskanzler vielfach erklärt hat, er sei nicht in der Lage, Rat zu erteilen, da man hierzu die diplomatischen Fäden sämtlich in der Hand haben müsse. Jeder Geschäftsmann wird diesen Standpunkt als richtig ansehen und würde niemals von einem Manne, der über sechs Jahre vom Geschäft zurückgetreten ist, einen Rat verlangen. Dafür reicht die eminenteste Begabung nicht aus, sondern es gehört auch die genaueste Kenntnis der gesamten Sachlage dazu. Wenn ein Teil der deutschen Presse diese unfreiwillige Täuschung als Brücke benutzt hat, um den richtigen Weg für die Beurteilung unsrer auswärtigen Politik wiederzufinden, so ist das immerhin nützlich und erfreulich. Aber dieser Weg hätte auch bei richtiger Beobachtung der bekannt gewordenen Thatsachen eingehalten werden können. Es wurde nur erschwert dadurch, daß man den Görlicher Wegweiser übersehen hatte.

Noch in den Lärm über die Hamburger Enthüllung hinein fielen der Besuch unsers Kaisers bei dem Zaren in Darmstadt und der Gegenbesuch des Zaren in Wiesbaden, die in Deutschland allgemein nur als Familienbesuche aufgefaßt wurden. Das waren sie wohl auch in der Hauptsache, doch bedeuteten sie nach der Äußerung von Görlich gewiß noch etwas mehr. In politisch bewegten Zeiten sind Monarchenbegegnungen von besonderm Wert, weil dabei Dinge und Fragen berührt werden können, die im gewöhnlichen diplomatischen Verkehr nicht zu erörtern sind. Nach den verblüffend wirkenden Enthüllungen über den Neutralitätsvertrag hatte in Frankreich die namentlich aus deutschen Blättern gesogne Freude über das „offenkundige Geheimnis,“ daß auf den „cynisch doppelzüngigen“ Bismarck eine minder geschickte deutsche Politik gefolgt sei, nicht lange gedauert; die Erkenntnis über den Ernst der politischen Lage nahm zu, und man sah sich vor die Wahl gestellt zwischen dem Anschluß an England und dem Bündnis mit Rußland, was unter den obwaltenden Umständen einen stillschweigenden Verzicht auf die

Wiedererwerbung der Reichslande voraussetzte. Die Entscheidung in der öffentlichen Meinung zog sich lange hinaus und wurde erst Anfang Februar durch die nahezu verletzende Weise angebahnt, in der der englische Schatzkanzler Hicks Beach im Parlament die von Frankreich vielfach begehrte Räumung Ägyptens ablehnte. Nun schloß sich auch die französische Republik fester an die übrigen europäischen Landmächte an, wodurch England genötigt wurde, seine Versuche aufzugeben, in dem einheitlichen Eingreifen der europäischen Diplomatie in die griechisch-orientalischen Wirren Zwietracht zu stiften.

In ihrem Auftreten in Konstantinopel und Athen zeigte sich die neue politische Gruppierung zum erstenmale vor der Öffentlichkeit. Ohne daß eine Zurücksetzung der drei andern Mächte vorkam, bot sich doch vielfach das äußere Bild des frühern Dreikaiserbündnisses. Namentlich die abwechselnden, durch ihren mittelbaren Einfluß kräftiger als diplomatische Noten wirkenden Telegramme der drei Kaiser nach Stambul und Athen erweckten diesen Eindruck. Besonders wurde das energische Eingreifen der deutschen Diplomatie und unsers Kaisers bemerkt, und es begegnete daheim anfangs dem sattfam bekannten überweisen Kopfschütteln. Man vergaß gänzlich, daß einem Kulturstaate, der fünfundzwanzig Jahre lang erklärt hatte, nur der Hort des Friedens sein zu wollen, gar keine andre Sprache einem kleinen, durch nichts berufenen Friedensstörer gegenüber anstand; ebenso überfaß man, wie ernst es die beiden Kaiser von Deutschland und Rußland mit dem Frieden meinten, als sie mit Hintansetzung der engsten Familienbeziehungen so entschieden auftraten. Um nur eins der „Mißverständnisse“ deutscher Blätter aus jenen Tagen zu erwähnen, sei hier des nahezu allgemeinen Tadelz gedacht, womit die Thatsache besprochen wurde, daß der deutsche Kriegspanzer zuerst das Feuer auf die aufständischen Kreter begonnen hatte. Man vermutete auch da wieder „jugendlichen“ Übereifer. Nun gingen diese absprechenden Urteile zwar aus Unkenntnis diplomatischer Gebräuche hervor, die in der Presse andrer Länder wohl auch vorkommt: bei internationalen Vorgängen, wo nicht eine besondere Reihenfolge durch die Umstände vorgezeichnet ist, geht es nach dem Alphabet, und im diplomatischen Kodex steht Allemande vor Angleterre, Autriche usw., darum schoß das deutsche Schiff zuerst. Wir bezweifeln aber, daß die Presse irgend eines andern Landes das Vorgehen seines Dampfers, auch bei gleicher Unkenntnis des wahren Sachverhalts, besprochen haben würde, ohne eine kleine patriotische Eitelkeit anzubringen, vielleicht anzudeuten, daß er zuerst fertig geworden sei oder etwas ähnliches. Nur in Deutschland ist es Sitte, auch bei solchen Gelegenheiten zu nörgeln und besonders gern „nach oben“ hin, das sieht so selbständig aus. Doch lassen wir diese Kleinlichkeiten und begnügen wir uns mit den schon eingangs erwähnten Thatsachen, daß es gelungen ist, das europäische Konzert, trotz mancher versuchter Seitensprünge Englands, bis auf den heutigen Tag zusammenzuhalten, und daß sich auch die deutsche Presse

genötigt gesehen hat, die Thätigkeit unsrer Diplomatie anzuerkennen. Daß die Diplomatie von sechs Großstaaten etwas langsamer arbeitet, als einem Leitartikelschreiber nötig erscheint, weil sie die oft sehr weittragenden Folgen eines Schrittes sorgfältig erwägen muß, und daß ihr das viel überlegenen Spott eingetragen hat, ist eine Thatsache, an die man sich für die Zukunft wohl wird gewöhnen müssen.

Während sich diese Ereignisse abwickelten, fanden wieder verschiedene Besuche von Landesregenten statt. Im April machte Kaiser Franz Joseph seinen Gegenbesuch in Petersburg, nachdem kurz vorher unser Kaiser in Wien geweilt hatte. Die dabei gehaltenen Toaste und die Auslassungen der offiziellen Blätter begnügten sich, die aufrichtige Freundschaft, die Gemeinsamkeit der Ansichten und Grundsätze für die Sicherung der Wohlthaten des Friedens für beide Reiche auszusprechen, eine besondere Erwähnung des weiter ausgreifenden Friedensbündnisses fand nicht statt. Wohl aber war die Neue Freie Presse drei Wochen nachher in der Lage, durch einen „außergewöhnlichen“ Korrespondenten eine Mitteilung zu veröffentlichen, deren offiziöser Ursprung unverkennbar war, und die allen, denen der Görlicher Ausspruch unsers Kaisers nicht entgangen war, wertvolle neue Bestätigungen und Aufschlüsse brachte. Diese Mitteilung enthielt unter anderm die inhaltreiche Stelle: „Österreich und Rußland vereinigten sich, ohne das Mißtrauen Deutschlands zu wecken. Im Gegenteil, der Erfolg war teilweise durch die Initiative und die nachdrückliche Förderung des deutschen Kaisers herbeigeführt, er wurde — und auch das ist sehr bedeutsam — erreicht, ohne daß hierdurch das Verhältnis erschüttert wurde, in dem Rußland und Frankreich seit Jahren zu ihrem Vorteil zu einander stehen.“ Man kann in der diplomatischen Sprache nicht gut deutlicher sein. Aber obwohl die deutsche Presse die offiziöse Natur dieser Mitteilung durchaus erkannte, beachtete sie gerade diese Stelle wenig und beschäftigte sich mehr mit den Teilen, die Andeutungen über unmittelbare Verständigungen zwischen Rußland und Österreich in Balkanangelegenheiten betrafen. Die Stelle, die unsern Kaiser erwähnte, blieb gänzlich unberücksichtigt. Freilich würde eine gerechte Würdigung fast sämtliche deutsche Zeitungen genötigt haben, alles zurückzunehmen, was sie seit Jahren über die auswärtige deutsche Politik gesagt hatten. Zu bemerken ist noch, daß fast gleichzeitig mit dem Kaiser Franz Joseph in Petersburg der deutsche Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, in Paris war. Es hieß zwar, um einen Zahnarzt zu Räte zu ziehen, doch besuchte er bei dieser Gelegenheit auch den Minister des Auswärtigen Hanotaux, und es läßt sich annehmen, daß beide Staatsmänner sich nicht nur über Zahnweh unterhalten haben.

Im August folgte darauf der Gegenbesuch des Kaisers Wilhelm in Petersburg, über den nur kurz berichtet zu werden braucht, da das Ereignis noch in guter Erinnerung ist. Der wärmere Ton der offiziellen Trinksprüche wurde

allgemein empfunden und in der Presse, auch der französischen, hervorgehoben. Wie schon oben ausgesprochen ist, bedeutete oder enthüllte er nichts neues, war aber wohl begreiflich aus dem Munde zweier Monarchen nach einem Jahr gedeihlichen Zusammenwirkens zu großen Zwecken, die sie schon der Öffentlichkeit kundgegeben hatten. Der noch in demselben Monate stattfindende Besuch des französischen Präsidenten an der Remy vollzog sich unter Umständen, die die deutliche Absicht erkennen ließen, ihn möglichst genau in gleichem Verhältnis mit dem deutschen Kaiserbesuch zu halten. Die Welt, und namentlich Frankreich, sollten daraus entnehmen, daß dem russischen Reich Deutschland und Frankreich gleich werthe Verbündete sind, und daß von einer Auslegung des Zweibundes nach der chauvinistischen Richtung hin keine Rede sein kann. Die Trinksprüche betonten ausdrücklich und nichts als den Frieden, nur beim Abschiedstoast fiel das Wort *alliés*, also Rußland und Frankreich sind verbündet zum Friedenszweck. Das ist die gegenwärtige politische Lage, und Frankreich ist damit zufrieden.

Das Ergebnis der gesamten, kurz geschilderten politischen Entwicklung liegt klar vor Augen. Von einem feindseligen Gegenüberstehen des Drei- und des Zweibundes ist keine Rede mehr, Rußland hält sein Verhältnis zu Frankreich fest, und der Dreibund hat im Interesse des europäischen Friedensbedürfnisses nur den Wunsch, daß es Rußland gelinge, durch sein Bündnis mit Frankreich einen fünften mächtigen Bürger für die Ruhe in Europa zu sichern. Viel wird dabei von der innern politischen Entwicklung Frankreichs abhängen. Gelegentlich bricht dort noch immer das „moralische Unbehagen“ durch, unter dem die Franzosen infolge der politischen Sachlage leiden, und man empört sich gegen die Vernunft, die ihnen empfiehlt, sich zu mäßigen und damit zufrieden zu sein, daß sie in gleichem Rang mit den andern Mächten stehen. Die Erinnerung daran, daß ihr Land jahrhundertlang zeitweilig dem gesamten Weltteil seinen Willen als Gesetz auferlegt hat, läßt sich so leicht nicht verwischen, und eine von der schwankenden Volksmeinung abhängige Regierung ist nicht immer in der Lage, eine weitsichtige Politik einzuhalten. Wie die Dinge aber gegenwärtig liegen, läßt sich nur Günstiges hoffen.

Die Franzosen begreifen die Überlegenheit der deutschen Heereseinrichtungen über die ihrige jetzt mehr als je, und ist ihnen auch die Möglichkeit genommen, sich russischer Bajonette zur Wiedergewinnung ihrer einstigen Weltstellung zu bedienen, so fällt doch jede Gefahr für sie weg, daß der militärmächtige Dreibund einmal auf den Gedanken kommen könnte, seine Kräfte gegen sie zu versuchen. Diese Sicherheit gewährt ihnen, außer dem festen Willen, sich im Notfalle aufs erbittertste zu verteidigen, nur das Bündnis mit Rußland. Die Mehrzahl der Franzosen ist unzweifelhaft friedlich gesinnt, und nehmen wir hinzu, was oben über die eine Seite des französischen Chauvinismus bemerkt wurde, so wird das Drängen nach einer offenen „Allianz“ mit Rußland,

wie es seit einem Jahr immer lauter hervorgetreten ist, verständlich. Den Friedensversicherungen Deutschlands werden sie nie trauen, weil sie sich selbst hinterhältiger Gedanken bewußt sind, aber die Bürgschaft Rußlands dafür nehmen sie gern an. Die Ähnlichkeit mit dem Neutralitätsvertrag Alexanders III. springt in die Augen, und in diesem Sinne ist die „Allianz“ mit Rußland aufzufassen. Es hat allerdings geraumer Zeit bedurft, bevor sich Frankreich in diesem Gedankenkreis zurecht gefunden hat, und es bedurfte ebenfalls einiger Zeit, die Formel für die Allianz zu finden, die dem Bedürfnis der Franzosen nach Sicherheit entspricht, ohne Rußland die Hände zu binden. Man wird nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die mehrfach vorgekommene Verschiebung der Reise des Präsidenten Faure nach Petersburg mit den Schwierigkeiten zusammengehangen habe, die befriedigende Lösung der Allianzklausele zu finden. Nachdem dieses Ziel erreicht ist, kann die Mitteilung des Wortlautes oder des Inhalts des Vertrags an die Franzosen nur erwünscht sein, je eher je besser. Daß die Dreibundmächte über seine Tragweite unterrichtet sind, ist schon mehrfach offiziös mitgeteilt worden.

Wie sich die Franzosen endgiltig dazu stellen, davon wird viel abhängen, doch muß man im allgemeinen anerkennen, mit welcher Ruhe sie sich in die Unvermeidlichkeit der Lage schicken, obgleich verschiedene Blätter, anscheinend für englisches Geld, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten suchen. Die geschickte Hand, mit der der Minister des Auswärtigen Hanotaux die Sache führt, macht sich vorteilhaft bemerklich; er weiß, daß er seinem Vaterlande und damit auch Europa einen großen Dienst erweist, wenn er es unter Benützung der günstigen Sachlage aus den Bahnen einer gänzlich unfruchtbaren Politik herausführt. Für Frankreich besteht eben bloß die Möglichkeit, entweder das Bündnis mit Rußland festzuhalten und sich damit dem Zusammenschluß der vier andern Festlandstaaten einzugliedern, oder sich an das stets unzuverlässige England anzuschließen, wovor man schon einmal zurückgewichen ist. Bisher hat sogar die in französischen und russischen Blättern ausgesprochene Ansicht, daß sich das enge Verhältnis Rußlands zu Deutschland und den übrigen Dreibundmächten in der Hauptsache gegen England richte, beruhigend und aufmunternd gewirkt. Auch die Hinweise auf die Frankreich beleidigende Stellung Englands in Ägypten haben sich als nützlich erwiesen. Die Hauptwirkung ist aber wohl immer von der eigentümlichen Art des Chauvinismus zu hoffen, der seine Sicherheit vor Deutschland in einer Art russischer Bürgschaft sieht. Sollten selbst noch weitere Besuche des Kaisers Nikolaus in Paris nötig werden, um dieses Gefühl zu stärken, so braucht sich Deutschland deshalb keinen Befürchtungen hinzugeben. Rußland muß jetzt Deutschland und Österreich als treue Freunde in seinem Rücken haben, und ein gänzlich friedliches Europa ist ihm noch lieber; an eine Gestaltung des Zweibundes im Sinne Derouledes ist darum in keinem Falle zu denken. Allerdings ist es trotz

allen noch möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß eine Explosion in Paris alles wieder in Frage stellt, denn die Franzosen sind ein ehrgeiziges und leicht erregbares Volk, dessen Politik zu seinem eignen Schaden oft nicht von klugen Staatsmännern, sondern von unverantwortlichen, durch die augenblickliche Volksgunst emporgehobnen Führern gemacht worden ist.

Vorläufig stehen die Aussichten für den Zusammenschluß der europäischen Festlandmächte sehr günstig, und wenn man bei uns die Parteibrillen ablegen und klar in die Verhältnisse sehen wollte, könnte man stolz darauf sein, daß unserm Kaiser und seinem Reichskanzler ein wesentliches Verdienst, wenn nicht das größte dabei zufällt. Wie sich England dazu stellen wird, kann vor der Hand gleichgiltig sein, bisher hat es nicht versucht, sich dem europäischen Konzert in den griechisch-türkischen Wirren zu entziehen, und es wird auch später nicht gut anders handeln können, solange die europäischen Mächte einig bleiben. Auch Frankreich würde in einem einigen Europa seine Befriedigung haben und sein gebeugtes Selbstvertrauen wiederfinden. Es könnte für seine Weltausstellung von 1900 keinen größern Clou erfinden, als wenn es die europäischen Friedensmächte als ihr Teilhaber zu sich zu Gaste lüde. Wir wollen das hoffen.



## Die Hochwassergefahr und ihre Bekämpfung

Von Ernst Kirchberg



Unser Vaterland hat im verflossenen Sommer schwere Heim- suchungen erlitten. Wolkenbrüche von einer Ausdehnung und einer Wasserfülle, wie sie seit Jahrzehnten nicht dagewesen waren, sind über unsre Mittelgebirge von der Grafschaft Glaz bis weit nach Baiern hinein niedergegangen. Die ungezügelten Wasser- massen stürzten, Bäume entwurzeln und Steinblöcke mit sich fortführend, von den Bergen in unsre Gebirgstäler hinab, sie überfluteten in wildem Strudel Felder und Wiesen, Dorfschaften und Städte und rissen alles mit sich fort, was ihnen im Wege stand. Es war schwarze Nacht, als sich die Schleusen des Himmels öffneten, als der Sturm heulte, die Wasser gurgelten, die Mauern unsrer Wohnstätten in ihren Grundfesten erzitterten, die Luft widerhallte von dem Getöse zusammenbrechender und einstürzender Mauern, berstender, split- ternder Balken, und als nach dieser bang durchwachten Schreckensnacht die